

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herr Ad. Höfle, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitfis.-Ges.,
Otto Fichtel, in Firma
J. Jäumann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den polnischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Nr. 858

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährl. 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Posener Zeitung

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Amonen-Expeditionen
zu Posen, Hasenstein & Vogel A.
S. J. Parke & Co., Invalidenstr.

Berantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

Mittwoch, 7. Dezember.

1892

Dentscher Reichstag.

9. Sitzung vom 6. Dezember, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Hitz und Genossen, welche geiegebereiche Maßnahmen bezüglich der Organisation des Handwerkstandes und der Regelung des Lehrlingswesens, sowie des Ausbaues der Innungen von Seiten der verbündeten Regierungen berücksichtigt sind und ob noch in dieser Session eine bezügliche Vorlage dem Reichstage zugehen werde.

Abg. Hitz (Betr.): Die Antwort, welche der Staatssekretär von Bötticher uns im vorigen Jahre auf eine ähnliche Frage gab, war eine wenig erfreuliche, da er die Einführung des Befähigungsnachweises nicht in Aussicht stellte. Aber selbst die Antwort über die in Aussicht gestellte Organisation des Handwerkstandes war so allgemein, daß etwas Handgreifliches nicht daraus entnommen werden konnte. In Folge dessen hat sich des Handwerkstandes eine große Hoffnungslösigkeit bemächtigt, die auf dem vorjährigen Innungstage am schärfsten zum Ausdruck kam. Wie steht es denn mit den in Aussicht gestellten Gelegenheitswürken? Wie weit ist man damit gediehen? Darauf haben wir bis jetzt keinen Bescheid bekommen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden des Befähigungsnachweises, der allein dem Handwerkstand zu helfen im Stande ist, und glauben auch, daß der Ausbau der Innungen den Handwerkstand vor Allem in die Höhe zu bringen im Stande ist. Wenn eine Organisation in Form von Handwerkern geschaffen wird, so muß sich diese auf den Innungen aufzubauen, und sie müßten nicht bloss eine begutachtende Stellung, sondern auch disziplinäre Befugnisse haben. Die Regierung sollte bald einen entsprechenden Gelegenheitswurf vorlegen, wollen mal sagen vor Neujahr, jedenfalls vor der Auflösung. (Heiterkeit.) In einer Zeit, wo dem ganzen Lande so große Lasten auferlegt werden sollen, müßte die wirtschaftliche Kraft der breiten Schichten der Bevölkerung gestärkt werden. Die äußere Wehrkraft des Landes wird bedingt durch die innere wirtschaftliche Kraft. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär v. Bötticher: Als ich meine Rede im vorigen Jahre hielte, erklärte der freisinnige Abg. Ebert ihren Inhalt als nichts Erfreuliches. Um so mehr hätte ich voraussehen können, daß Konservativen und Zentrum etwas Erfreuliches darin sahen. Wir haben die Hände nicht in den Schoß gelegt, und wenn die Sache noch nicht zu einer Vorlage an Sie reif geworden ist, so liegt die Schuld nicht an uns, sondern an den Schwierigkeiten in der Sache selbst. Wir haben lange und eingehende Erwägungen ange stellt und mit sachverständigen Interessenten verbündet. Wir unterziehen jetzt die gemachten Vorschläge einer weiteren Prüfung und werden daraufhin eine Vorlage ausarbeiten. Die verbündeten Regierungen sind bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, ihrerseits eine Stellung zu der Organisationsfrage zu nehmen. Unsere Absicht, d. h. diejenige der bis jetzt bestellten beiden Ressorts geht dahin, daß gesammelte Handwerk in Handwerkern zusammenzufassen, welche territorial abgegrenzt werden. Es sollen Ihnen obligatorische Befugnisse gegeben werden, namentlich in Bezug auf das Lehrlingswesen, die Erstattung von Gutachten und der auf das Handwerk bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Daneben sollen sie facultative Befugnisse erhalten, die sich erstrecken auf Maßnahmen zur Förderung des Kleingewerbes, auf die Anregung solcher Maßnahmen bei den kompetenten Behörden, auf Veranstaltungen zur gewerblichen, technischen und sittlichen Förderung der Gesellen und Lehrlinge, auf die Errichtung von Prüfungsausschüssen, auf die Regelung des Fortbildungsschulwesens, auf die Anmeldung von Gesellen und Lehrlingen u. s. w. Es besteht bei uns nicht das Bestreben, die Innungen aus der Welt zu schaffen oder ihnen das Dasein noch zu erschweren. Im Gegenteil, wir sehen die Zusammensetzung des Handwerks als durchaus nötig und nützlich an. Es wird sich ermöglichen lassen, den Innungen auch innerhalb dieser in Aussicht genommenen Organisation eine Stellung anzusiedeln. Auch über eine Reihe anderer Fragen, so über die Abgrenzung des Begriffs "Handwerk", darüber, wer von der Lehrlingshaltung ausgeschlossen sein soll, ferner über die Stellung des Lehrlings zum Meister, über die eventuelle Einschränkung der Lehrlingszulassung, schwanken Erörterungen. Dem Wunsche, daß noch zu Neujahr ein Gelegenheitswurf vorgelegt werde, kann ich aber zu meinem lebhaften Bedauern nicht entsprechen.

Abg. Dr. Buhl (nl.): Ich bin mit den letzten Ausführungen des Staatssekretärs einverstanden. Auch ich würde es für verfehlt halten, wenn man in übereiter Weise Einrichtungen trafe, welche der Handwerkstand selbst nicht billigt. Vor allen Dingen werden sich die verbündeten Regierungen nach der Stimmung im Handwerk erkundigen und hierauf ihre Einrichtungen treffen müssen. Die Zwangsinnungen liegen neder im Interesse der Produzenten noch des konsumtrenden Publikums. Durch die Anträge in solcher Richtung wird der Irrthum erregt, als ob eine Organisation des Handwerks noch gar nicht bestände. Thatsächlich aber haben wir in einzelnen Staaten solche Organisation, z. B. in Baden. Handwerkern, in denen nur das Handwerk mit der Industrie zusammengeschweißt ist, haben sich nicht bewährt. Die Gewerbevereine dagegen haben nach den Erfahrungen, die wir mit ihnen in Bayern gemacht haben, Erfreuliches, besonders in Bezug auf das Lehrlingswesen, geleistet. Eine eventuell bevorstehende Vorlage muß so eingerichtet werden, daß einerseits nicht weitere Gewerbefreiheit durchbrochen wird, und daß andererseits dem Handwerk wirklich geholfen wird. (Beifall bei den National-Überläufen.)

Abg. Ackermann (dl.): Die vorjährige Erklärung des Staatssekretärs, in der er die Einführung des Befähigungsnachweises verwiegerte, hat in Handwerkkreisen große Misströmung hervorgerufen, und diese Misströmung ist auch durch das Versprechen einer eigenen Organisation nicht gemildert worden. Der Schwierpunkt der Organisationsfrage wird darin liegen, welche Kompetenzen die Innungen an die Handelskammern abtreten

müssen. Meine Freunde sind nicht gewillt, Handwerk am Innungen auf Kosten der Innungen zu schaffen. Die Innungen finden die beste Vertretung des Handwerks, in den Handelskammern aber kann es vorkommen, daß einzelne Berufe darin gar nicht vertreten sind. Die Erwägungen der Regierung haben lange genug gedauert, und dem Handwerker muss endlich einmal wirklich geholfen werden.

Staatssekretär v. Bötticher: Wir leisten, was wir können, aber es ist nicht so leicht, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Leicht ist es nur dann, wenn man in dem Befähigungsnachweis das einzige richtige Rezept für die Krankheit des Handwerkstandes sieht. Wir aber sind nicht dieser Meinung. Die Rede des Vorredners hat wieder gezeigt, wie weit man kommt, wenn man Fragen ohne greifbare Unterlage behandelt. Warum soll es nicht möglich sein, den Innungen neben den Handwerkerkammern eine gebührende Stellung zu erhalten? Aber die Innungen allein genügen dem corporativen Bedürfnis des Handwerks nicht. Sind doch z. B. nur 1 Proz. sämtlicher innungsfähigen Meister Süddeutschlands in Innungen zusammengefaßt. Die Handwerkerkammern sollen auch diejenigen Berufe zusammenfassen, die bisher keine corporative Vertretung gehabt haben.

Abg. Rickert (fr.): Was kommt bei dieser Diskussion heraus? Es ist nichts Greifbares darin. Ich habe nicht einmal verstanden, was eigentlich die Handwerkerkammern für einen Beruf ausüben sollen. Auf welchem Grundsatz soll sich denn das Wahlrecht in den Handwerkerkammern aufbauen? Über diese Frage habe ich nichts gehört. Wie wollen Sie das Kunststück feitig bringen, Handwerkerkammern nicht auf Kosten der Innungen zu schaffen? Die Bünftler wird man mit der versprochenen Organisation nicht befriedigen, denn diese sehen das Gott allein in dem Befähigungsnachweis. Die ganze Interpellation war überflüssig. Die neue Organisation wird die Bünftler ebenjowenig befriedigen, wie die Schaffung des § 100 e und 100 f in der Gewerbeordnung. Redner bringt hierauf die Petition des Deutschen Gastwirthverbands zur Sprache, in der Vermahnung dagegen eingefügt wird, daß seine Berliner Mitglieder zu den Kosten der Berliner Gastwirthsinnung beitragen müssen, während die letztere nur einige hundert Mitglieder zählt. Die Beiträge für die Innung werden für Einrichtungen gezahlt, die die Betreuten selbst in mühsamer Weise verwalten. Wie kommt der Minister dazu, diese Petition abzulehnen? Das heißt nicht, zu Gunsten des Handwerks arbeiten, sondern mit polizeilichem Zwangsgesetze Einrichtungen freier Vereinigungen beseitigen. Die Kleinbetriebe umfassen 65 Prozent aller Arbeiter. Wie kann man da davon sprechen, daß das Handwerk zum Tode verurtheilt ist? Die Handwerker auf dem Lande werden von Ihren Kammern nichts wissen wollen. Die Innungen sind auch gar nicht so stark vertreten, die Statistik zeigt, daß unter zwei Millionen Handwerkern nur 350 000 in Innungen vorhanden sind. Von 10 000 Innungen hat, wie die Statistik beweist, nur ein ganz kleiner Bruchteil um die Privilegien der §§ 100 e und 100 f der Gewerbeordnung nachgesucht und noch ein kleinerer Theil sie erhalten. Sehen Sie sich doch Österreich an! Da haben die Innungen trotz aller Privilegien nicht bloss nichts genutzt, sondern sogar viele Differenzen hervorgerufen. Lassen Sie sich noch Zeit und lassen Sie die Akten noch im Bundesrat liegen, denn Sie können sich sonst noch den Undank der rechten Seite zuziehen. Das Handwerk kann nur gediehen unter vollster freiheitlicher Entfaltung seiner Kräfte.

Handelsminister Freiherr v. Berlepsch: Auf die Frage der Berliner Gastwirthsinnung will ich hier nicht eingehen, da ich bereits im preußischen Abgeordnetenhaus darüber ausführlich gesprochen habe. Die Frage, um die es sich bei der Interpellation handelt, hat heute eine andere Basis als früher und zwar von der Zeit an, wo die Regierung zu der Überzeugung gelommen ist, daß der Befähigungsnachweis für das Handwerk nicht nötig, ja sogar schädlich ist. Man kann also der Regierung nicht vorwerfen, daß sie den Reichstag so lange hingezogen habe.

Abg. Meissner (fr.): Ich danke dem Minister für sein freundliches Wohlwollen, aber ich glaube doch, daß die Vorlage etwas mehr bescheinigt werden kann. Gern ist thut schnelle Hilfe noth, da innerhalb des Gewerbes ein Proletariat heranzuwachsen beginnt. Soll der Handwerkstand als Stand erhalten werden, dann bedarf er einer festen Organisation. Ihre Hauptaufgabe muß im Schutz der Existenzbedingungen des Handwerks bestehen. Möge die Regierung nicht die günstige Gelegenheit vorübergehen lassen, sich das Vertrauen der Handwerker wieder zu erobern.

Abg. Auer (S.-D.): Die Interpellation macht auf mich den Eindruck, als ob sie nicht Selbstzweck sei, sondern nur dazu bestimmt, dem Minister Gelegenheit zu Ausführungen zu geben, die geeignet seien, die in gewissen Handwerkertümern vorhandene Misströmung zu mildern. Dieser Zweck ist freilich nicht erreicht worden. Es erscheint doch aber eigentlichlich, daß der Vorredner sich mit solcher Anerkennung gegen den Minister wendet. Für Herrn Meissner und seine Freunde war stets die Einführung der obligatorischen Innung und des Befähigungsnachweises die Hauptzwecke, und gerade diese Forderungen sollen doch nicht erfüllt werden. Die Innungen haben auch durchaus nicht segensreich gewirkt.

In Hamburg, wo die Bünftlerbewegung den günstigsten Boden hat, ist, wie der Gewerbeinspektor meldet, die Ausbildung der Lehrlinge eine klägliche und eine recht niedrige. Für die dortigen Handwerksmeister ist die körperliche Rückbildung die Hauptzwecke. Ähnlich ist es in einer Reihe anderer Städte. Dem Handwerk kann überhaupt nicht geholfen werden. Die sozialen Verhältnisse bedingen mit der Annahme der Großbetriebe seinen Untergang, und das selbständige Handwerk hat bereits in hohem Maße abgenommen. Die tausende "selbständige Handwerksmeister" auf dem Lande verdienen diese Bezeichnung nur dem Namen nach. Die Schuster in der Laufsitze z. B. machen ein Dutzend oder zwei Dutzend Stiefel, aber nicht auf Bestellung für Private, sondern nur zu dem Zwecke, um sie an einen Händler in Berlin zu verkaufen. Die Arbeitszeit in den Handwerk hat in so hohem Grade zugenommen daß man von selbständigen Handwerkern überhaupt nicht mehr sprechen kann. Der "Arbeitsmarkt" der "Volks-Zeitung", in dem z. B. Schneider auf Hosien, auf Westen, auf Röcke verlangt werden, beweist, daß das Handwerk

Inserate, die lebhafteste Zeitung über deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Morgenausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Mittagsausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Berantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

heute bereits in den Dienst der Industrie getreten ist. Ein Schnell-der, der einen ganzen Anzug machen kann, wie man das von einem selbständigen Handwerker verlangen muß, ist nur selten zu finden. Weiter ist für den Niedergang des Handwerks bezeichnend die Lehrlingszüchterei, die besonders im Buchdruckergewerbe drastisch hervortritt. Gegen diesen Nebelstand kann nur eine Organisation der Arbeiter helfen, und ich kann im Namen meiner Partei anerkennen, daß, seitdem das Wort vom neuen Kurs gefallen ist, die früher üblichen Drangsaltrungen der Arbeiterorganisationen, der Fachvereine aufgehört haben. Aber schlägt einmal die Strömung um, dann kann diese Taktik durch einen Federlich wieder eingeführt werden. Wie steht man sich nun die Organisation der Arbeiter, die doch so notwendig ist wie die der Handwerker? Man kommt natürlich immer mit der Sozialdemokratie in Kontakt. Auch der Befähigungsnachweis wird damit begründet. Aber der Befähigungsnachweis hindert nicht die Ausdehnung der Sozialdemokratie, dies beweist am besten Österreich, das Musterland des Befähigungsnachweises. In Österreich sind es gerade die Handwerkergelellen, die auf den sozialdemokratischen Parteidagen zu Worte kommen. Vielleicht hängt das mit dem Befähigungsnachweis zusammen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bachem (fr.): Wir werden trotz der Sozialdemokraten und Freisinnigen immer wieder unsere Forderungen erheben und hoffen schließlich ebenso durchzudringen, wie wir mit dem Verlangen nach Arbeiterschutz durchgedrungen sind. Schon jetzt haben wir etwas erreicht. Nur unsere Bemühungen ist es gelungen, die §§ 100 e und f in die Gewerbeordnung hinzuzubringen, und unserer wiederholten Interpellationen ist es zu danken, daß die Regierung der Frage der Handwerkerkammern näher getreten ist. Also, Herr Rickert, wir haben wohl etwas erlangt. Die Herren Sozialdemokraten verstehen es nur, den Handwerkern am Zeuge zu dienen. (Lachen bei den Sozialdemokraten), aber wenn es gilt, für die Handwerker etwas zu thun, so sind sie nicht dabei. Wie viele Jahre schon prophezeien sie den großen Kladderadatsch, der aber bisher nicht gekommen ist. Und wenn er bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht gekommen ist, dann werden sie ihn vielleicht für das Ende des nächsten Jahrhunderts verhindern. Herr Bebel ist mit der Zeit älter und wohlhabender geworden (Heiterkeit), darum auch etwas besonnener, und der allgemeine Kladderadatsch würde ihm wohl darum nicht so angenehm sein. (Heiterkeit.) Daß Handwerkerkammern eingeführt werden sollen, die ausschließlich aus Handwerkern bestehen und die Interessen der Handwerker vertreten, begrüßt ich mit Freuden, aber ich hoffe dabei, daß den Innungen der maßgebende Einfluß erhalten bleibt. Wenn es ferner gelingt, das Lehrlingswesen derart zu regeln, daß wir einen tüchtigen Gelehrten- und Meisterstand erhalten, so haben wir die Hauptschlacht gewonnen. Das Gesetz müssen wir bald bekommen, und unsere Interpellation hat nur den Zweck gehabt, die Regierung zu ermahnen, daß sie sich nicht zu viel Zeit nehme. Die Sicherheit des Handwerkstandes erfordert es, daß wir die in Aussicht gestellte Vorlage bald bekommen, und wenn wir es nicht als Weihnachtsgeschenk erhalten können (Abg. Singer: als Osterel!), dann sollten wir es wenigstens als Osterel erhalten. (Abg. Bebel: Das wird ein Windel sein. Heiterkeit.) Nach wie vor aber bleiben wir dabei, daß der Befähigungsnachweis eingeht und wird er werden müssen. Wie wir den Arbeiterschutz nach langen Kämpfen erlangt haben, so wollen wir auch den Handwerkerschutz.

Abg. Goldschmidt (fr.): Gerade den jüngeren Kräften erschweren die Innungen das Fortkommen. Bezuglich der Berliner Gastwirthsinnung bemerke ich: Die Zahl der Gastwirthe, welche der Innung angehören, beträgt einige Hundert, und der freien Vereine sind über 3000. Die Nichtmitgliedsmitglieder bezahlen für die Innungseinrichtungen mehr als die Innungsmitglieder. Niemand aber wird behaupten wollen, daß die Innung besonders viel für die Gastwirthe Berlins thut. Ueberhaupt haben die Herren darin Unrecht, daß der Handwerkstand nur in den Innungen richtig vertreten werde. Gerade in Preußen herrscht in Handwerkertümern die Stimmung gegen die Innungen vor. Will man den Handwerkern helfen, so müssen sie eine bessere Vorstellung gewinnen, und dafür haben die freien Vereine mehr gethan als die Innungen. Im Gegensatz zu den Herren, welche von einem Niedergang des Handwerks sprechen, bin ich der Ansicht, daß es gerade jetzt einer guten Zukunft entgegen geht. Ich verweise in dieser Beziehung auf das kürzlich eröffnete Buch des Mannes, der leider seit heute Morgen auf der Todtenbahre liegt. Ein leuchtendes Beispiel für die freie Entwicklung der Kräfte im Handwerk ist Amerika, wo man von Befähigungsnachweis und Innungen nichts weiß. Die Herren, welche nach Chicago gehen werden, werden mit den Erfahrungen, die sie zurückbringen, dem Handwerk mehr nützen, als Sie mit Ihrem Befähigungsnachweis. (Beifall links.)

Handelsminister Frhr. Berlepsch erklärt die von dem Vorredner betreffs der Berliner Gastwirthsvereine angegebenen Zahlen als falsch und beruft sich wiederum auf seine früheren Ausführungen im preußischen Abgeordnetenhaus. In der vom Vorredner angegebenen Zahl 3000 seien viele mit einbezogen, die zu den Kosten der Innungen garnicht beitragen, ein anderer Theil sei gleichzeitig Mitglied der freien Vereinigung und der Innung. Der Minister erklärt sich ferner bereit, Misstände zu beseitigen, wenn berechtigte Beschwerden an ihn heranführen. Es handele sich bei der ganzen Sache nicht um ungesehliche Maßnahmen, auch könne man nicht von einer ungerechtfertigten Unterdrückung von Nichtmitgliedsmitgliedern sprechen.

Abg. Joest (Soz.) wirft dem Abgeordneten Rickert falsche Berechnung vor, denn nicht alle im Kleinbetrieb beschäftigten Arbeiter könnten dem Handwerkstand zugerechnet werden. Das Handwerk sei nicht zurückgeblieben. Zurückgeblieben seien nur die alten Bünftler und zwar nicht bloß in technischer, sondern auch in geistiger Beziehung. Welche Blüthen das Innungspatent in Mainz verboten worden sei, seinen eigenen Sohn in die Lehre zu nehmen. Gerade die Innungsmitglieder sind gegen jeden Fortschritt. Gerade sie widerstreben der weiteren Fortbildung der Lehrlings in den Fortbildungsschulen. Die Herstellung von billiger

und schlechter Ware hat nicht ihren Grund in dem Mangel eines Besitzungsnotweises, sondern in dem allgemeinen Zuge der Zeit, der auf Verbesserung der Waren gerichtet ist. Nur das Großkapital, die Großindustrie macht dem Handwerker die Existenz unmöglich, da sie sich mit einer kleinen Profitrate begnügen kann. Obligatorische Summen werden diesen Überstand niemals bestätigen. Solche Gesetze, wie sie verlangt werden, werden die Unzufriedenheit der Handwerker ebenso zur Folge haben, wie die Arbeiter das vielgepreiste Arbeiterschutzgesetz als Trutzgesetz ansehen. Die Zeit läßt sich nicht zurückdraußen. Durch solche kleinen Mittel dem Handwerkerstand aufzuholen zu wollen, ist ein wirtschaftlicher Unterricht. (Vorfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Möller (nl.) glaubt, daß die Bildung von Interessengremien für den Handwerkerstand wohl günstig wirken könnte, wünschte aber vor allen Dingen, daß die betreffenden Vertretungen von den Agitatoren befreit bleiben mögen, die unerfüllbare Versprechungen machen und dadurch nur mehr Unzufriedenheit stiften. Man möge auch nicht so viel Experimente machen, die dem Handwerk sehr gefährlich werden können. Wohl sollte man Einrichtungen treffen, die es jedem ermöglichen, aus dem untersten Proletariat sich emporzuarbeiten, aber weiter darf man nicht gehen. An den Niedergang des Handwerks jedoch glaubt Niemand, auch nicht die Sozialdemokraten. Die intelligenten Handwerker würden immer bestehen können, den anderen sei nicht zu helfen.

Abg. Goldschmidt: Von ungefährlichen Maßnahmen habe ich nicht gesprochen, sondern nur zeigen wollen, zu welchen Konsequenzen die ganze Innungswirtschaft führt. Der Minister hätte bloß nach der Bibliothek zu schicken brauchen, wo ihm das ganze Material zur Verfügung steht.

Abg. Rickert: Daß der Minister unsere Zahlenangaben bemängelt, muß mich wundern. Sie beruhen auf Angaben des Vorstandes des Gastwirthverbandes selber, und ich hatte daher keine Veranlassung, sie nicht für richtig zu halten.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Anttf.): Gerade als der Dampf in den Dienst der Industrie gestellt wurde, hat man, anstatt die Innungen neu zu beleben, sie aufgelöst. Jetzt, wo die Elektrizität den Dampf ablöst, ist der geeignete Punkt gekommen, dem Kleingewerbe zu helfen, um es nicht in die Hände der Sozialdemokraten fallen zu lassen. Ab und zu ist es ganz gut, die Sozialdemokratie als Preisschlüssel zu benutzen. Je mehr man sich mit den Herren beschäftigt, desto weniger schrecklich kommen sie einem vor (Heiterkeit). Wer die Vorgänge auf dem letzten sozialdemokratischen Kongreß verfolgt hat, wird zugeben, daß die Herren Revolutionär in Schafrock und Pantoffeln geworden sind. (Heiterkeit).

Abg. Bebel (SozD.): Ich verwahre mich dagegen, daß man mich hier als wohlhabenden Mann, als eine Art Großfabrikant hingestellt hat. Mein Geschäft, das, als ich auf Grund des kleinen Belagerungszustandes Leipzig verlassen, mein Atelier leitete, beschäftigte nur 30 Männer. Das ist kein Großbetrieb. Es ist einmal gesagt worden, daß das Handwerk wieder den goldenen Boden wiederbekommt, den es im 14. Jahrhundert gehabt hat. Das kann eben nur jemand sagen, der die Entwicklung unserer Industrie nicht kennt. Der kleine Handwerker hat gar nicht das Geld, Dampf und Elektrizität in seinen Dienst zu stellen. (Widerspruch.) Die kapitalistischen Leute, welche mir widersprechen, mögen den tatsächlichen Beweis dafür liefern. Auf diese Weise könnte ja auch nachgewiesen werden, daß eine Organisation des Handwerkerstandes gar nicht notwendig ist, sobald die Handwerker die technischen Fortschritte auszunutzen in der Lage sind. Weshalb gehen denn zahlreiche Arbeiter aus dem Handwerk in die Fabrik? Weil der Handwerker niedrigere Löhne zahlt als der Industrielle. Es ist der wachsenden Konkurrenz nicht gewachsen, weil er die technischen Hilfsmittel nicht benutzen kann. Das ist auch die Ursache, weshalb so viele kleine Handwerker zu Grunde gehen. Diesem Zustand kann durch künftliche Mittel nicht begegnet werden. Alle diese Bemühungen scheitern an der Macht der Verhältnisse. Man wird nicht verhindern können, daß sich in Handwerkerkreisen die Überzeugung verbreitet, daß es mit ihrer Existenz zu Ende ist, daß sie ihre Hoffnung auf eine bessere zukünftige Gesellschaftsordnung sezen. In Österreich kann sich eine solche künftliche Institution noch aufrecht erhalten, weil dort das kleine Gewerbe eine größere Bedeutung als bei uns hat. Wenn wir ähnliche Ehrungen treffen würden, würden wir einen inneren Widerspruch ins Handwerk tragen. In manchen Handwerken würde die Einführung des Besitzungsnotweises einfach lächerlich sein. Der Abg. Liebermann hat uns als ganz harmlose Leute hingestellt. Warum ist denn das Sozialistengesetz eingeführt worden? Weil wir stärker geworden sind, wird mehr Rücksicht auf uns genommen. Auch die verbündeten Regierungen müssen von der Aussichtslosigkeit ihrer Bestrebungen überzeugt sein, sie folgen lediglich dem Ruf nach Unterstützung des Handwerks in Buntstiftkreisen; denn sie wissen, welche Stütze sie an den Buntstiftern haben.

Damit ist die Intervallation erledigt.

Vizepräsident Graf Ballerstremtheilt mit, daß um 3½ Uhr die Stuvorlagen eingegangen sind. Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Antrag von Hirsch u. Gen. betr. Mothgesetz zur Krankenkassen-Novelle, Antrag Kintelen, betr. Wiedereinführung der Berufung, Antrag Adermann, betr. Befähigungsnotweiss.)

Schluß 5½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 6. Dez. Im Reichstage hat sich das Zentrum heute seine Quittung über die Innungsfrage geholt. Die Verhandlungen boten das schematische Bild, das man aus den jahrelangen Wiederholungen dieser Sache kennt: Klagen über Klagen von den Herren Adermann, Biehl und Metzner, den eingeschworenen Innungsschwärmern, phantastische Hoffnungen auf die Zauberkraft von Zwangsinnumen und Besitzungsnotweisen, und dann, als Pfaster auf Schmerzen und Beschwerden, die wohlwollende Ankündigung des Herrn von Bötticher, daß die Frage gründlich studiert werden solle, wie sie ja auch bisher und immer schon studiert worden ist, daß das Handwerk auf die Regierung bauen dürfe, daß aber die Vorarbeiten für die neuen Gesetze noch nicht abgeschlossen seien. Man kennt dies Alles, und heute wie jedes Mal zuvor hat man wieder den bestimmten Eindruck gehabt, daß im Wesentlichen Alles beim Alten bleibt, weil es unmöglich ist, etwas Anderes zu thun. Vielleicht bekommen wir im nächsten Jahre die verheissen Handwerkerkammern, aber es wird auch dann genau so sein wie jetzt, und die Handwerker werden den goldenen Boden in diesen Kammern auch nicht finden, diejenigen Handwerker nämlich, die von der Gesetzgebung Alles, von der eigenen Kraft nichts erwarten.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am Dienstag den Antrag der Reichsregierung in Betreff der Branntweinbesteuerung abgeändert im Sinne der An-

regung des Abg. v. Frege im Reichstag, und zwar, wie die "Frei. Btg." erfährt, hauptsächlich auf Anstehen der bayerischen Regierung. Demgemäß soll, wie schon telegraphisch gemeldet, die Liebesgabe nicht, wie die Reichsregierung wollte, um ein Viertel verkürzt werden; die Mehreinnahme soll vielmehr erzielt werden durch Höherbelastung der Konsumenten. Der Normalsteuersatz wird demgemäß von 70 auf 75 M. per Hektoliter erhöht. In Folge dessen bleibt bei der Erhöhung des Steuersatzes für das Kontingent von 2 Millionen Hektoliter von 50 auf 55 M. die bisherige Differenz zwischen Normalsteuersatz und Kontingentsteuersatz, also die Liebesgabe von 20 M. pro Hektoliter unverändert.

— Ueber das Wahlergebnis in Arnswalde-Friedberg liegen vollständige Nachrichten immer noch nicht vor. Nach den letzten Meldungen, welche die "Staatsbürger-Btg." verbreitet, sind auf Drawe 3075, auf Ahlwardt über 10300 Stimmen entfallen.

Potsdam, 6. Dez. Heute Mittag fand die Vereidigung der Rekruten der bessigen Garnison statt. Der Kaiser hielt eine Ansprache an die Rekruten.

Braunschweig, 6. Dez. Gegenüber der Nachricht von einer Erkrankung des Regenten von Braunschweig, Prinzen Albrecht von Preußen, sowie der Absicht seines Rücktrittes sagt das "Braunschw. Tagebl.", hier sei weder von einem körperlichen Leiden des Regenten, noch von der Absicht desselben, von der Regentschaft zurückzutreten, das Geringste bekannt.

Prozeß Ahlwardt.

Aus Budapest geht telegraphische Antwort ein, daß der gesuchte Zeuge Eduard Krähahn in der dortigen Löwen'schen Fabrik nicht beschäftigt sei. Der Erste Staatsanwalt theilt mit, daß auch er noch Schritte gethan, um den Krähahn zu ermitteln, indem er bei dessen Ehefrau angefragt habe. Letzter habe auch er einen Erfolg nicht gehabt.

Nachdem darauf ein neuer Antrag des Vertheidigers, sieben Offiziere als Gutachter vorzuladen, da die von den bisherigen Sachverständigen abgegebenen Gutachten wertlos seien, abgelehnt war, wurden noch mehrere Arbeiter vernommen, die noch jetzt bei Löwe arbeiten. Da diese entlastend aussagen, spricht der Vertheidiger gegen dieselben wieder die Verdächtigung aus, daß sie gegen ihren Eid sprechen. Der Vorsitzende weist solche Anschuldigung energisch zurück.

Nach Eröffnung der Sitzung am Dienstag theilt Landgerichts-Direktor Brausewetter mit, daß die gestern vorgeladene Gräfin Hohenlohe erkrankt und deshalb nicht anwändig sei.

Polizeipräsident v. Richthofen, noch einmal über seine Begegnung mit Herrn v. Langen vernommen, wiederholt seine erste Bekundung. Ich hätte, wenn ich mich auch auf die Sache eingelassen hätte, nichts weiter thun können, als die Sache an die Militärverwaltung weiter zu geben, da von dieser Seite doch erst die Grundlage zu weiterem Eincreiten hätte gegeben werden müssen. Ich hatte das Gefühl, daß ich gewissermaßen als Vorpann für eine antiherrschaftliche Sache gebraucht werden sollte, und da ich mich in meiner Stellung selbstverständlich dazu nicht hergeben konnte, so verhielt ich mich reservirt. Da sich die Sache so zugespielt hat und man mir gewissermaßen auch einen Vorwurf machen will, so wird es doch angezeigt sein, auch auf die Verbreitung der Broschüre näher einzugehen. Ich war zunächst im Zweifel über den Zweck des Belegs und beauftragte nachher einen Beamten, über den Besucher Erkundigungen einzuziehen. Die Zeit war ja auch viel zu kurz, um etwaige Schritte einzuleiten, am Sonntags-Mittag war Herr v. Langen bei mir und am Dienstag Nachmittag war die Broschüre bereits veröffentlicht. — R. A. Hertwig: Ich richte an den Zeugen die Frage: Ist bei der Unterredung mit Herrn v. Langen in Erinnerung getreten, daß es sich um die Anzeige einer strafbaren Handlung handelte? — Zeuge v. Richthofen: Das glaube ich nicht. — Rechtsanw. Hertwig: Ist dem Herrn Zeugen der § 63 des Sr.-Pr.-Ordn. bekannt, wonach die Polizei behörde bei Errichtung einer Anzeige einer strafbaren Handlung bei der Staatsanwaltschaft das Weitere zu verlassen und den Anzeiger zu Protokoll zu vernehmen hat? — Präf.: Ich muß es ablehnen, daß der Vertheidiger einen hohen Beamten in dieser Weise examinirt, zweifellos wird der Herr Polizeipräsident die Strafprozeß-Ordnung kennen. — Berth.: Das ist mir unerklärlich, der Herr sieht hier nicht als Polizeipräsident, sondern als Zeuge.

Herr v. Langen und Herr v. Richthofen suchen sich über die Einzelheiten ihrer Unterhaltung auseinanderzusetzen und zu verstündigen. Herr v. Richthofen bleibt dabei, daß der Zeuge v. Langen ihm nicht gesagt habe, Ahlwardt warte unten. Zeuge v. Langen versichert wiederholt, daß er dem Polizeipräsidenten gelagert habe, der Verfasser sei eventl. bereit, jede Veröffentlichung zu unterlassen, wenn Herr v. Richthofen die Sache in die Hand nehmen wollte, denn es handle sich um staatsgefährliche Dinge.

Präf.: Ahlwardt hätte doch schon früher mit dem Manuskript zu dem Herrn Polizeipräsidenten geben können, anstatt größere Gelbhummen zunächst zum Druck des Manuskripts zu verwenden und dann in der letzten Stunde zu kommen. — Zeuge v. Langen: Ich war nicht in Berlin und kam erst am Sonnabend hier an. Die Abmachungen des Angeklagten mit seinem Verleger bezüglich des Termins zur Veröffentlichung der Broschüre waren schon früher Datums.

Polizeipräsident: Hätte der Zeuge den Antrag gestellt, ihn zu vernehmen, so hätte ich ihn an den diensthürenden Kriminalkommissarius gewiesen oder aufgefordert, schriftlich einzutreten. Der Polizeipräsident ist nicht in der Lage, auf Wunsch eines Herrn, den ich bis dahin nicht kannte, ein Protokoll aufzunehmen. — Rechtsanwalt Hertwig: Die ganze Broschüre hatte doch den Charakter einer einzigen großen Strafanzeige und einer schriftlichen Anzeige. — Angekl.: Schriftlich könnte ich mich nicht an das Polizeipräsidium wenden, denn der zweite höchste Beamte des Polizeipräsidiums ist kein Vertrauensmann für mich. Ich weiß, daß Briefe, welche an den Präsidenten gerichtet werden, von demselben nicht selbst geöffnet werden. — Polizeipräsident v. Richthofen: Seder Brief an mich wird, wenn ich in Berlin anwesend bin, nur von mir persönlich geöffnet. — Erster Staatsanwalt: Gegen die Herrn verdächtigende Neuherzung des Angeklagten ist meinerseits nicht Einsprache erhoben, weil ich weiterkommen möchte. Hier werden ja fort und fort Verdächtigungen auf Sachverständige und Zeugen ausgehäuft. Kein Beamter, kein Sachverständiger, der nicht dem Angeklagten günstig aussagt kommt ohne Verdächtigung fort. — Angekl.: Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, den Polizeipräsidenten haben verdächtigen zu wollen. — Präf.: Seder hat ja hier gesehen, daß kein Zeuge, kein Beamter, der hier nicht zu Gunsten des Angeklagten ausgelegt hat, ohne Verdächtigungen seitens des Angeklagten oder seines Vertheidigers fortgelommen. — Berth.: Ich

überlasse das Urteil über die letzteren Neuherzungen des Präsidenten, der in Angriffen gegen die Vertheidigung mit dem Ersten Staatsanwalt zu wettkämpfen bemüht ist, dem Publikum. — Präf.: Ich muß diese Bemerkung als durchaus ungehörig zurückweisen. Solche Angriffe werde ich unter keinen Umständen dulden. Ich bemühe mich, die Verhandlung in voller Ruhe zu führen.

Zeuge Graf Hohenlohe wird aufgerufen. Präf.: Es wird von der Vertheidigung behauptet, daß Sie in einem feinen Restaurant ein Gespräch eigener Art gehört haben. — Graf Hohenlohe: Es kann nur ein Gelehrte gemeint sein, welches, soweit ich mich entsinnen kann, im Februar 1889 geschehen ist. Ich begab mich gegen Mittag mit meiner Frau zu Borchardt. Es war im Baderzimmer nur ein Tisch von drei Herren besetzt. Wir nahmen, um gegenseitig nicht zu stören, an einem entgegengesetzten Tische Platz. Meine Frau las Zeitungen, ich mußte wohl oder erregt geführt wurde, da mehrere Flaschen Wein auf dem Tische standen und einer der Herren augenscheinlich etwas schwerhörig war. Einer der Herren wurde als "Herr Oberst" oder "Herr Oberstleutnant" titulirt und dies erregte meine Aufmerksamkeit, da ich alter Soldat bin. Das Gespräch der Herren drehte sich um Armeeleferungen, ich weiß aber nicht mehr welcher Art, aber die Tendenz des Gesprächs war wenig Vertrauen erweckend und derart, daß ich mich enttäuscht, dem Kriegsministerium davon Mitteilung zu machen. Beim Fortgange erkundigte ich mich beim Kellner nach den Namen der Herren und erfuhr, daß es die Fabrikanten Löwe und Kühne seien, den dritten Herrn kannte der Kellner nicht. Ich begab mich nach dem Kriegsministerium, wo ich mit einem Dezerrenten für Armeeleferungen sprach. Dieser Herr fand meine Mitteilung wichtig und interessant, daß er noch einen zweiten Herrn herbeiholte. — Präf.: Können Sie mir nicht den Inhalt des Gesprächs mittheilen, das Ihre Entrüstung erregte? — Zeuge: Ich habe dem Ereignis damals so wenig Bedeutung beigelegt, daß es mir nicht möglich ist. — Präf.: Handelte es sich um Armeeleferungen? — Zeuge: Ich kann es wirklich nicht sagen. — Präf.: Wissen Sie genau, daß das Gespräch im Februar 1889 stattfand? — Zeuge: Mit absoluter Sicherheit kann ich das nicht sagen. — Präf.: Der Vertrag der Regierung ist vom 6. Januar 1889. Wissen Sie, ob es vor diesem Jahre war? — Zeuge: Ich kann es nicht sagen. — Berth.: Dr. Hertwig: Herr Graf, wissen Sie nicht, ob die Herren verächtlich von der Armee sprachen und auch davon, daß es so leicht sei die Offiziere zu täuschen? — Zeuge: Ich kann es nicht sagen und muß mich auf die beiden Herren im Kriegsministerium berufen, vielleicht können diese sich der Einzelheiten noch entsinnen. — Dr. Hertwig: Haben Sie nicht noch andere Personen Mitteilung gemacht? — Zeuge: Gewiß, ich habe verschiedene darüber gesprochen. — Berth.: Auch mit dem Herrn v. Wackerbarth? — Zeuge: Ja. — Oberstleutnant Kühne: Es sind viele Bemühungen gemacht worden, die Herren zu ermitteln, es ist bisher aber vergeblich gewesen, da es sich nicht um eine schriftliche Anzeige handelt. Da Graf Hohenlohe nun erklärt, daß er mit zwei Herren in Uniform gesprochen und daß dieselben zum Ressort des Waffenwesens gehören, so ist es vielleicht doch möglich, die Herren zu ermitteln, und wenn der Herr Präsident gestatten, werde ich mich sofort nach dieser Richtung hin bemühen. — Der Präsident gestattet dies. — Es folgt nun wieder eine ziemlich erregte Replik zwischen dem Präsidenten und dem Vertheidiger, da der letztere wiederum Oberstleutnant Kühne verdächtigt.

Oberstleutnant Kühne: Anfang 1889, wo das Gespräch bei Borchardt stattgefunden haben soll, war von einem Betriebe bei uns noch gar keine Rede. Ich wußte deshalb nicht, was ich in Bezug auf den Betrieb gesprochen haben sollte. Daß über Gewehrfächer gesprochen worden, ist sehr möglich, denn bei jener Auweichenheit bei Borchardt sagt auch der Referent Ekstein aus Leipzig bei uns. Ich befrette ganz entschieden, daß unser Gespräch etwas für das Militär Beleidigendes gehabt habe. Ich bin auch Offizier und habe als pensionierter Offizier die Grundzüge des aktiven Offiziers aufrecht.

Zeuge Löwe: Ich kann mich auf den Inhalt eines im Jahre

1889 in dem Borchardt'schen Lokale geführten Gesprächs nicht

finnen. Das aber ist absolut unrichtig, daß dieses Gespräch sich darum gedreht haben könnte, wie man den Staat betrügen könnte.

Ich habe eine solche Absicht absolut nicht gehabt, kann darüber also auch nicht gesprochen haben.

Es folgt die Vernehmung des Mittmeisters v. Wackerbarth. — Präf.: Entzinnen Sie sich eines Gesprächs, dessen Inhalt der Graf v. Hohenlohe wiedergegeben haben soll? — Zeuge: Jawohl, der Herr Graf hat mir davon erzählt, daß er ein Gespräch zwischen dem Fabrikanten Löwe, dem Oberstleutnant Kühne und einem dritten Herrn gehabt habe, welches ihm Veranlassung gab, darüber beim Kriegsministerium zu berichten.

Über den Inhalt des Gesprächs hat Graf Hohenlohe mir nichts erzählt, ich habe auch nicht daran gefragt. — Präf.: Wie äußerte sich Graf Hohenlohe zu Ihnen? — Zeuge: Die Unterhaltung kam daher, weil die Broschüre des Rektors Ahlwardt erschienen war. Wir sprachen über den Inhalt und dabei erwähnte Graf Hohenlohe des Gesprächs. Ich hielt es für meine Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Broschüre, welche das Vertrauen zu unserer Wehrkraft erschüttern konnte, unterdrückt wurde. Ich begab mich zunächst zum Oberstaatsanwalt und bat ihn, entweder gegen Löwe oder gegen Ahlwardt vorzugeben. Der Oberstaatsanwalt meinte, er sei wohl nicht recht kompetent, die Sache müsse der Reichsanwalt wohlb in die Hand nehmen. — Präf.: Jawohl, das ist auch geschehen, der Reichsanwalt hat es aber abgelehnt, einzuschreiten, da Landesverrat nicht vorliege. — Zeuge: Ich begab mich dann zum Polizeipräsidenten und bat ihn, die Broschüre beschlagnahmen zu lassen. — Erster Staatsanwalt: Ich bemerke, daß erst nach Stellung des Strafantrages für die Staatsanwaltschaft Veranlassung vorlag, die Broschüre zu beschlagnahmen. — Wackerbarth erwidert auf eine Bemerkung des Präsidenten, daß es ihm ja allerdings klar sein könnte, daß man sich wegen der gewünschten Inhibition der Broschüre nicht an die richtliche Instanz gewendet habe. Es gebe aber doch Dinge, welche das Vaterland und die Armee so eng berühren, daß man sich solchen Anzeigen nicht entziehen kann. Er hatte keinen Zweifel, daß Ahlwardt, den er als ausgesuchten Patrioten kennen gelernt, sofort die Broschüre unterdrückt hätte, wenn nur Zeugen über die behaupteten Thaten vernommen würden. — Präf.: Haben Sie einem der Zeugen Geld gegeben? — Wackerbarth: Ich habe, nachdem ich auf einer Eisenbahnsfahrt die Broschüre gekauft hatte, mit einem der Zeugen kommen lassen, weil ich glaubte, daß Ahlwardt mystifiziert werden sollte und hier vielleicht Personen angenommen waren, um Ahlwardt aufs Glattfahrt zu führen. Nachdem ich die Zeugen gesprochen, hatte ich eine andere Meinung. Später kamen dann einige der Zeugen zu mir, klagen darüber, daß sie brotlos geworden und hatten um Unterstützung. Ich habe nur einmal einem Droschkenfahrer drei Mark Versäumnis gegeben und ein anderer, Roach oder Gans, hat zweimal 30 Mark von mir erhalten. — Berth.: Kann uns der Zeuge etwas über Wesen, Bedeutung und Taktik der Alliance israelite sagen? — Wackerbarth: Ich habe

sehr viel Studien darüber gemacht, halte mich aber in keiner Weise für berufen, hier mich darüber auszulassen.

Der nächste Zeuge ist der Ingenieur P a a s c h. Derselbe erklärt, daß er selbst in der antisemitischen Bewegung stehe und mit der Entstehung der Broschüre und allen Einzelheiten sehr vertraut sei. — P a a s c h: War Ihnen denn nicht klar, daß durch diese Broschüre die Liebe des Soldaten zu seinem Gewehr erschüttert werden mußte, daß es nichts Gefährlicheres und Vaterlandsloseres geben könnte, als solche Broschüre zu veröffentlichen? — P a a s c h: Ich bin anderer Meinung. Ich halte dafür, daß sich der Angeklagte ein großes Verdienst um das Vaterland erworben hat. Hoffentlich wird die Folge dieser Broschüre sein, daß Juden in Zukunft nicht mehr solche Lieferungen erhalten. Ich habe mit Ahlwardt Stundenlang darüber verathen, ob etwa durch die Broschüre das Vertrauen der Soldaten zu dem Gewehr erschüttert werden könnte. Wir hofften, daß das Schlussergebnis dahin führen würde, daß die Militärverwaltung diese 450 000 Gewehre der Firma Löwe zurückgeben, das Gelb dafür wieder einzehnen und andere Gewehre fertigen lassen würde. Der Zeuge erzählt dann, daß er mit v. Wackerbarth ein Gespräch über die Wahrscheinungen des Grafen Hohenthal im Vorwärtschen Losale gehabt habe. v. Wackerbarth habe gesagt, Graf Hohenthal hätte ihm mitgetheilt, daß Löwe, Kühne und die dritte Person sich über die Leichtigkeit unterhalten hätten, mit der man die Abnahmekommission betrügen könnte.

Erster Staatsanwalt: Das ist ein Widerspruch mit dem Zeugen v. Wackerbarth. Derselbe hat uns unter seinem Eid selbst gesagt, daß er den Grafen Hohenthal garnicht nach dem Inhalt des von den Dreien geführten Gesprächs gefragt habe. P a a s c h: Dazu kann ich nichts sagen.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisches.

Posen, den 6. Dezember.

d. Zu Ehren des Schauspielers Ryger aus Krakau, welcher gegenwärtig bekanntlich im hiesigen politischen Theater Gastvorstellungen giebt, fand gestern im Saale des Victoria-Hotels ein Festmahl statt, an welchem die Mitglieder der hiesigen Bühne und der Direktion derselben teilnahmen.

d. Die Polen in Danzig sind bestrebt, dort eine polnisch-katholische Kirche zu errichten. In einer Korrespondenz des „Dziennego Poczty“ von dort wird der Vorschlag gemacht, zu diesem Behufe eine polnische Volksversammlung zu berufen, welche darüber Beschluß fassen soll, in welcher Weise am besten dies Projekt ausgeführt werden könne.

d. Der Volksschullehrer Jankowski, früher Hauptlehrer in Mewo bei Briese (Westpreußen), war vor einigen Jahren im Interesse des Dienstes nach Hüneggsdorf in der Eifel (Rheinprovinz) versetzt worden. Nachdem er zum Hauptlehrer in Strempt bei Medern befördert worden war, richtete er an die königliche Regierung das Gesuch, ihn nach einer polnischen Gegend zurückzubevorzegen, da seine Frau von Heimweh ergriffen sei. Ihm ist nun mehr schließlich, nach Genehmigung seines Gesuchs, die Lehrerstelle in Koszrowo (Kr. Inowrazlaw) übertragen worden, die er in diesen Tagen übernommen hat.

Telegraphische Nachrichten.

Charlottenburg, 6. Dez. Werner v. Siemens ist heute Abend 6 Uhr gestorben.

Wien, 6. Dez. (Abgeordnetenhaus.) Soimaruga und Genossen richteten eine Interpellation an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe wegen der aufreibenden Neuverhandlungen des Abgeordneten Schuster in der am 28. November stattgehabten Versammlung des politischen Vereins in Seehaus und fragten, was die Regierung für Vorlehrungen zu treffen gedenke, um den immer heftiger auftretenden antisemitischen Aufhebungen zu begegnen. — Das Haus setzte die Debatte über die Beantwortung der Interpellationen betreffend die Auflösung des Reichenberger Stadtverordneten-Kollegiums fort. Bei der Debatte erklärte der Abgeordnete Ruz, die deutsch-überale Partei werde, weil nach der Geschäftsordnung bei dieser Debatte keine Abstimmung zulässig sei, bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern eine Resolution beantragen, welche befreite die Rücken in der Antwort des Ministerpräsidenten auszufüllen. Abg. Ruz führte sodann aus, die Ereignisse der letzten Zeit hätten dargethan, daß man nicht gut ohne die Deutschen, aber auch nicht gegen die Czechen regieren könne. Redner befürwortete eine Annäherung der Czechen an die Deutschen und sprach die Hoffnung aus, daß die Gerechtigkeit des Monarchen den allezeit getreuen Reichenbergern ihr Recht werde zu Theil werden lassen. Trojan meinte, die Czechen und Deutschen seien mehr als je von einer Verständigung entfernt. Hierauf wurde die Verhandlung abgebrochen. Hoffmann-Wellenhof brachte alsdann eine Interpellation wegen einer baldigen Vorlage eines Gesetzentwurfes über Kartelle und Minge ein.

Wien, 6. Dez. Eine Zirkularverordnung des Kriegsministers macht bekannt, daß der Kaiser die Erhöhung des Friedensstandes von 25 Infanterie-Regimenten um 9 Mann auf die Feldkompanie vom 1. Januar n. J. ab genehmigt hat.

Wien, 6. Dez. Der ehemalige Platzkommandant von Wien, Feldzeugmeister Raissel, ist gestorben.

Lemberg, 6. Dez. Aus ganz Galizien werden seit gestern heftige Schneestürme und Schneeverwehungen gemeldet.

Pest, 6. Dez. Infolge Schneesturmes ist der Verkehr der hiesigen Straßenbahnen theilweise unterbrochen. Die Eisenbahnzüge sind mit starken Verspätungen eingetroffen, auf einigen Bahnen mußte der Betrieb gänzlich eingestellt werden.

Petersburg, 6. Dez. Dem Vernehmen nach wird der Agent des russischen Finanzministeriums in Berlin, Kammerherr v. Rumanian, demnächst seinen Posten verlassen.

Paris, 6. Dez. Wie der „Matin“ hervorhebt, hat Ribot nach der Weigerung Sarriens, das Portefeuille des Handels zu übernehmen, dasselbe Siegfried angeboten, weil derselbe als gemäßigter Freihändler für die geeignete Persönlichkeit gilt, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Empfindlichkeiten der französischen Protektionisten und der Schweiz das mit der Schweiz vereinbarte Handelsübereinkommen zu vertreten.

Das „Journal des Débats“ röhmt die hohe Integrität des Charakters Ribots und spricht die Hoffnung aus, die Regierung werde nunmehr eine festere, konsequenter und einheitlichere sein.

Paris, 6. Dez. Das Dekret betreffend die Konstituierung des neuen Kabinetts wird am Mittwoch im „Journal officiel“ veröffentlicht werden. Die Minister sind die bereits gemeldeten, ausgenommen Sarrien, an dessen Stelle Siegfried das Portefeuille des Handels übernommen hat.

Paris, 6. Dez. Das neue Kabinett wird von den Blättern der gemäßigten Parteien in sympathischer Weise besprochen, die Journale der Opposition bezeichnen dasselbe als Glückwerk.

Paris, 6. Dez. Der Ministerpräsident Ribot vertrieb während des ganzen Vormittags mit dem Justizminister Bourgeois über das Verhalten, das die Regierung der Panama-Untersuchungskommission gegenüber einzuschlagen habe. Wie verlaustet soll das neue Kabinett beschlossen haben, die Abgrenzung der Kompetenz der richterlichen und der gesetzgebenden Gewalten sicher zu stellen. Die Mitglieder des neuen Kabinetts werden um 5 Uhr im Elysee zusammenentreten, um sich über die Fassung der ministeriellen Erklärung zu einigen, welche im Parlamente abgegeben werden soll.

Paris, 6. Dez. Wie den Blättern von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, sprach Loubet den Wunsch aus, nur das Portefeuille des Ministeriums des Innern zu übernehmen, die Angelegenheiten des Kultus sollten einem anderen Ministerium überwiesen werden. Dieselben dürften dem Ministerium des Unterrichts zugethieilt werden.

Brüssel, 5. Dezember. (Münzkonferenz.) Nachdem Rivers Wilson in der heutigen Sitzung seinen Bericht erstattet hatte, zog Rothchild seine Anträge zurück.

Brüssel, 6. Dez. (Münzkonferenz.) In der heutigen Nachmittagsitzung hob Rivers Wilson in seinem eigenen Namen und demjenigen des englischen Delegirten Freemantle die erste Gefahr hervor, welche in der Möglichkeit einer Einstellung der Silberläufe in Amerika und in der Unterdrückung der Silberausprägung in Indien liegen würde. Mac Creary, einer der Vertreter der Vereinigten Staaten erklärte, seit 1881 habe die Lage sich verschlimmert; Rothschilds Projekt sei unwirksam, der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten sei die Einführung des Bimetallismus.

Die zur Prüfung der Vorschläge des dänischen Delegirten Dietgen eingezogene Kommission hielt im Laufe des gestrigen Nachmittags eine Sitzung ab, vertagte sich schließlich aber, ohne daß bezüglich des Dietgenschen Projektes ein bestimmter Beschluß gefaßt wurde.

Madrid, 6. Dez. Die amtliche „Gaceta“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches der Verkehr für Gemälde aus Hamburg wieder freigegeben und die ärztliche Kontrolle der aus Deutschland kommenden Reisenden aufgehoben wird.

Amsterdam, 6. Dez. Nach dem von dem Minister des Innern veröffentlichten Wochenbericht sind in Holland in letzter Woche 4 Personen an der Cholera gestorben.

London, 6. Dez. Auf Anregung der englischen Regierung haben sich die drei Vertragsmächte England, das deutsche Reich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika bezüglich Samoas dahin verständigt, daß, sofern Leben und Eigentum der Europäer gefährdet erscheinen, die Schiffe der drei Mächte während der schlechten Jahreszeit den Hafen von Apia verlassen.

Athen, 6. Dez. Die Regierung hat heute der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Zolltariffs und der Landungsgebühren für ausländische Schiffe vorgelegt. In dem Entwurf wird u. a. eine Erhöhung des Kaffeezolls um 20 Centimes per Kilo vorgeschlagen. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

Washington, 6. Dez. Die Botschaft des Präsidenten Harrison an den Kongreß beginnt mit einem Hinweis auf die äußerst günstige Lage des Handels und der Industrie der Vereinigten Staaten, welche niemals vorher sich eines solchen Wohlstandes erfreuten. Das Resultat der Präsidentenwahl müsse vom Lande acceptirt werden; es müsse angenommen werden, daß der gegenwärtige Schuhzolltarif abgeändert und durch einen den Zwecken der Staatsrevenuen dienenden Tarif ersetzt werden solle. Der Präsident empfiehlt, die Frage der Tarifrevision ganz dem neuen Kongresse zu überlassen; er bedauere nur, daß diese Arbeit hindurch um drei Monate verzögert werde, denn die Aussicht auf große Änderungen der Tarife fördert notwendig eine Unthätigkeit der Geschäfte und eine Verkränkung der Produktion herbei. Die Botschaft sagt sodann schwere Belte für die Fabrikanten und für die Arbeiter als Ergebnis der neuen Zollpolitik vorher. In Folge der wenig freundlichen Haltung der Regierung von Kanada empfiehlt der Präsident dem Kongreß, einen amerikanischen Kanal um den Nicaraguafall herum zu bauen und damit eine Verbindung für Schiffe zwischen den großen Seen und einen Unionshafen herzustellen. Die Vereinigten Staaten würden dadurch von dem kanadischen Kanalsystem unabhängig gemacht werden. Es sei vollständig einverstanden mit dem Vortheile, einer den Nicaragua-Kanal bauenden Gesellschaft eine offizielle Unterstützung zu gewähren. Falls es der Münzkonferenz nicht gelinge, ein praktisches Resultat zu erzielen, dürften die Handelsverhältnisse die noch abgeneigten Staaten zwingen, sich mit der Union zu vereinten, um eine Vermehrung des gemünzten Geldes zu stören, welches zum Betrieb des Weltmarktes erforderlich sei. Die Vereinigten Staaten müßten dem Goldabfluß nach Europa durch eine geeignete Gesetzgebung begegnen.

Wien, 6. Dez. Eine Zirkularverordnung des Kriegsministers macht bekannt, daß der Kaiser die Erhöhung des Friedensstandes von 25 Infanterie-Regimenten um 9 Mann auf die Feldkompanie vom 1. Januar n. J. ab genehmigt hat.

Wien, 6. Dez. Der ehemalige Platzkommandant von Wien, Feldzeugmeister Raissel, ist gestorben.

Lemberg, 6. Dez. Aus ganz Galizien werden seit gestern heftige Schneestürme und Schneeverwehungen gemeldet.

Pest, 6. Dez. Infolge Schneesturmes ist der Verkehr der hiesigen Straßenbahnen theilweise unterbrochen. Die Eisenbahnzüge sind mit starken Verspätungen eingetroffen, auf einigen Bahnen mußte der Betrieb gänzlich eingestellt werden.

Petersburg, 6. Dez. Dem Vernehmen nach wird der Agent des russischen Finanzministeriums in Berlin, Kammerherr v. Rumanian, demnächst seinen Posten verlassen.

Paris, 6. Dez. Wie der „Matin“ hervorhebt, hat Ribot nach der Weigerung Sarriens, das Portefeuille des Handels zu übernehmen, dasselbe Siegfried angeboten, weil derselbe als gemäßigter Freihändler für die geeignete Persönlichkeit gilt, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Empfindlichkeiten der französischen Protektionisten und der Schweiz das mit der Schweiz vereinbarte Handelsübereinkommen zu vertreten.

Das „Journal des Débats“ röhmt die hohe Integrität des Charakters Ribots und spricht die Hoffnung aus, die Regierung werde nunmehr eine festere, konsequenter und einheitlichere sein.

Paris, 6. Dez. Das Dekret betreffend die Konstituierung des neuen Kabinetts wird am Mittwoch im „Journal officiel“ veröffentlicht werden. Die Minister sind die bereits gemeldeten, ausgenommen Sarrien, an dessen Stelle Siegfried das Portefeuille des Handels übernommen hat.

Produkten- und Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Hamburg, 6. Dezember. (Schlußkurse.) Sehr matt. Neue 3proz. Reichsanleihe 85 95, 3 1/2 proz. 2. Standort. 97 95, Fonds. Türk. 21 45, Türk. 90 50, 4proz. ung. Goldrente 96 50, Bresl. Diskontobank 96 25, Breslauer Wechslerbank 96 50, Kreditaktien 167 00, Schles. Bankverein 111 75, Donnersmarckbütte 82 00, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114 00, Oberschles. Eisenbahn 44 50, Oberpfalz. Portland-Cement 69 00, Schles. Cement 114 00, Granit 124 50, Oppeln-Cement 85 00, Schles. D. Cement 114 00, Granit 124 50, Schles. Zinkaktien 186 75, Laurahütte 96 50, Verein. Delfsahr. 92 50, Österreich. Banknoten 169 85, Russ. Banknoten 200 40, Giebel Cement 70 00.

Frankfurt a. M., 6. Dez. (Schlußkurse.) Besser.

London Wechsel 20 345, 4proz. Reichsanleihe 106 95, österr. Silberrente 82 45, 4 1/2 proz. Papierrente 82 70 do, 4proz. Goldrente 98 10, 1860er Loupe 126 50, 4proz. ung. Goldrente 96 10, Italiener 92 70, 1880er Russen 96 50, 3. Orientali. 65 20, unifiz. Egypter 99 50, sonst. Türk. 21 40, 4proz. türk. Akt. 86 90, 3proz. port. Akt. 21 50, 5proz. serb. Rente 76 30, 5proz. amort. Rumäniener 96 90, 5proz. sonst. Mexik. 78 50, Böh. Westbahn 239 00, Böh. Nordb. 152 1/2, Franzosen —, Galizier 183 1/2, Gotthardbahn 156 70, Bombarden 79 1/2, Lübeck-Büchen 138 40, Nordwestbahn 179 1/2, Kreditaktien 265 1/2, Darmstädter 129 60, Mittels. Kredit 96 00, Reichsb. 149 90, Dist. Kommandit 176 30, Dresdner Bank 138 10, Karlsruher Wechsel 80 966, Wiener Wechsel 169 52, serbische Tabakakte 76 70, Böh. Stahl 113 50, Dortmund. Union 50 80, Harpener Bergwerk 125 40, Hibernia 115 70, 4proz. Spanier 62 70, Mainzer 110 30, Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 264 1/2, Dist. Kommandit 176 1/2, Berliner Handelsgesellschaft —.

Hamburg, 6. Dez. Befestigt.

Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br. 2784 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 113 75 Br. 113 25 Gd.

Wien, 6. Dez. Relativ fest, jedoch ohne nennenswerthes Geschäft; Renten höher, Valuten steif.

Österl. 4 1/2, Papier. 99 97 1/2, do, 5proz. 100 60, do. Silber. 97 65, do. Goldrente 115 60, 4proz. ung. Goldrente 113 80, 5proz. do. Papier. 100 60, Österreich 226 50, österr. Kredit 314 75, ungar. Kreditaktien 862 00, Wien. Br.-B. 114 25, Elbthalbahn 228 00, Gallizier 217 25, Lemberg-Czernowitz 245 25, Lombarden 91 50, Nordwestbahn 212 75, Tabakakt. 169 00, Napoleon 9 57, Marton 58 97, Russ. Banknoten 1,17 1/2, Silbercoupons 100 00, Börsenaristische Anleihe 108 00.

Paris, 6. Dez. (Schlußkurse.) Fest.

3prozentige amort. Rente 99 70, 3proz. Rente 93 80, österr. Golbr. —, 4proz. ungar. Golbr. 97 18, 3. Orient.-Akt. 65 75, 4proz. Russen 189 97 80, 4proz. Egypter 99 05, lomb. Türk. 21 80, Türk. 91 10, Lombarden —, do. Priorit. 433 00, Banque Ottomane 595 00, Banama 5 proz. Obligat. —, Rio Tinto 409 30, Tab. Ottom. 363 00, Neue 3proz. Rente —, 3proz. Portugiesen 22 63, 3proz. Russen 80 40.

Privateidkonto 2 1/2 Proz.

London, 6. Dez. (Schlußkurse.) Fest.

Engl. 2 1/2 proz. Consols 97 1/2, Preuß. 4proz. Consols 1 7 00, Italien. 5 proz. Rente 93 1/2, Bombarden 8 1/2, 4proz. 1889 Russen II. Serie 98 1/2, sonst. Türk. 21 1/2, österr. Silber. 82 00 österr. Goldrente 97, 4proz. ungar. Goldrente 96 1/2, 4prozent. Spanier 63 1/2, 3 1/2 proz. Egypter 98, 4proz. unifiz. Egypter 98 1/2, 4proz. gar. Egypter —, 4 1/2 proz. Tribut-Akt. 96 1/2, 6proz. Merikaner 79 1/2, Ottomannen 13 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 92, D. Sec. S. neue 17 1/2, Blatziskont 2 1/2.

Petersburg, 5. Dez. Wechsel auf London 101 20, Russ. II. Orientali. 102 1/2, do. II. Orientali. 105 1/2, do. Bank für ausw. Handel 283, Petersburger Diskonto-Bank 475, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank 450, Russ. 4 1/2 proz. Bodencreditpandbriefe 159, Gr. Russ. Eisenbahn 257 00, Russ. Südwestbahn-Aktien 114 1/2.

Produkten-Kurve.

Königsberg, 6. Dez. Getreidemarkt. Weizen loko unver., Roggen loko per 2000 Pf. Zollgewicht 120, Gerste unver., Hafer unver., loko per 2000 Pf. Zollgewicht 126, Weizen Ersben p. 2000 Pf. Zollgewicht unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko 48 1/2, per Dezbr. 48 1/2, per Jan. 48 1/2, — Wetter: Schnee.

22 Br., v. April-Mai 22% Br., per Mai-Juni —. Kaffee sehr ruhig. Umsatz — Satz. — Petroleum behauptet, Standard, white loto 5,35 Br., v. Dez. 5,25 Br. — Wetter: Schneeluft.

Besi., 6. Dez. Produktenmarkt. Weizen loto fest, per Frühjahr 7,54 Gb., 7,56 Br., per Herbst 7,65 Gb., 7,67 Br. Hafer per Frühjahr 5,54 Gb., 5,56 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4,85 Gb., 4,87 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,70 Gb., 11,80 Br. — Wetter: Schneesturm.

Paris, 6. Dez. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig. p. Dezember 21,30, v. Januar 21,60, v. Januar-April 21,90, v. März-Juni 22,50. — Roggen ruhig, v. Dezbr. 18,60, per März-Juni 14,50. — Mehl ruhig, v. Dezbr. 48,00, per Jan. 48,80, per Jan.-April 48,70, v. März-Juni 49,50. — Rübsöl (New) v. Dezbr. 50%, v. Jan. 50%, v. Mai 52%. Rother Winterweizen into 78%. Kaffee Röhr. Kr. 7, 17. Mehl (Spring clears) 3,10. Getreidefracht 1½. Kupfer 12,25. Rother Weizen per v. Dezbr. 77, per Jan. 78, per Mai 82%. Kaffee Kr. 7 loto v. v. Jan. 15,90, v. März 15,70.

Newyork, 5. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9%, do. in New-Orleans 9%. — Hafer. Petroleum Standard white in New-York 5,60, do. Standard white in Philadelphia 5,55 Gb. Rotes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipe-line Certificates, v. Januar 53%. Stetig. Schmalz loto 10,30, do. Rothe u. Brothers 10,75 Gb. Guder (Fatty refining Muscovado) 2½%. Mais (New) v. Dezbr. 50%, v. Jan. 50%, v. Mai 52%. Rother Winterweizen into 78%. Kaffee Röhr. Kr. 7, 17. Mehl (Spring clears) 3,10. Getreidefracht 1½. Kupfer 12,25. Rother Weizen per v. Dezbr. 77, per Jan. 78, per Mai 82%. Kaffee Kr. 7 loto v. v. Jan. 15,90, v. März 15,70.

Newyork, 5. Dez. Visible Supply an Weizen 72 581 000 Bushels, do. an Mais 10 691 000 Bushels.

Newyork, 5. Dez. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipe line certificates v. Jan. —. Weizen per Mai 82%.

Chicago, 5. Dez. Weizen per Dezbr. 71%, per Mai 78%, Mais per Dezember 41%. Spec short clear nom. Worf per Dezember —.

Glasgow, 5. Dez. Röhren. (Schluß.) Misch number warrants 41 lb. 10 d.

London, 5. Dez. Chilli-Kupfer 47%, ver 3 Monat 7½%.

Newyork, 6. Dez. Weizen per Dezbr. 76%, v. Jan. 77%, C.

Berlin, 7. Dez. Wetter: Schnee.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 6. Dez. Die heutige Börse eröffnete in schwächer Haltung; die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet und besonders auf dem Bergwerksaktienmarkt zumeist etwas niedriger und nur vereinzelt, wie Berliner Handels-Gesellschafts-Anteile und Aktien der Darmstädter Bank etwas höher ein. — Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen boten geschäftliche Anregung nicht dar. — Hier entwickelte sich das Geschäft im allgemeinen ruhig, nur einige Ultimowerte hatten bei Gelegenheit einiger Schwankungen belangreiche Abschlüsse für sich. Im Verlaufe des Verkehrs machte sich später Deckungsbedarf bemerklich, der zu einer mäßigen Befestigung der Tendenz führte.

Antwerpen, 6. Dez. Getreidemarkt. Weizen behauptet.

Roggen ruhig. Hafer schwach. Gerste vernachlässigt.

London, 6. Dez. An der Küste 5 Getreideladungen angeboten.

Wetter: Thauwetter.

London, 6. Dez. 96 p.C. Java-Zucker loto 16% stetig, Rüben-Zucker loto 13% ruhig.

London, 5. Dez. Wollauktion. Preise stetig. Tendenz eher abgeschwächt.

Liverpool, 6. Dez. Getreidemarkt. Weizen Tendenz zu Gunsten der Käufer. Mehl ruhig. Mais 1%, d. niedriger. — Wetter: Unbeständig.

Liverpool, 6. Dez. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umlauf 6 000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 Ball., Träger. Amerikaner fest.

Middle amerikan. Lieferungen: Dezbr.-Jan. 4½% Verkäuferpreis. Febr.-März 4½% do. April-Mai 5% Käuferpreis. Juni-Juli 5% do. August-Sept. 5% Wertz.

Liverpool, 6. Dez. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umlauf 6 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Fest.

Middle amerikan. Lieferungen: Dez. = Jan. 4% Verkäuferpreis. Jan.-Febr. 4½% Wertz. Febr.-März 4½% Verkäuferpreis. März-April 4½% Wertz. April-Mai 5% do. Mai-Juni 5% Verkäuferpreis. Juni-Juli 5% Käuferpreis. Juli-August 5% do. Wertz.

Liverpool, 6. Dez. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmachlicher Umlauf 6 000 B. Ruhig. Lagesimport 36 000 B.

Hull, 6. Dez. Getreidemarkt. Weizen ruhig, aber stetig. — Wetter: Frost.

Newyork, 6. Dez. Weizen loto fest, nahe Termine still, 1 vr. 100 Kilo gr. b. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4½ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. — 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 1 Gulden noll. W. 1 M. 70 Pf. 1 Franco oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 6. Dez. Brnsch. 20 T.L. — 103,50 bz

Cöln-M. Pr.-A. 3½% 132,50 G.

Dess. Präm.-A. 3½% do. Rente

Ham. / 50 T.L. — 132,50 G.

Wien 4 8 T. 169,50 B.

Petersburg 4½% 3 W. 200,50 bz

Oldenb. Loose 3 128,80 bz

v. Berl. 4. Lomb. 4½% u. 5. Privatd. 28 G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souverigns 20,31 bz

20 Francs-Stück 16,20 G.

Gold-Dollars 4,1825 bz

Engl. Not. 1 Pfld. Sterl. 20,35 bz

Franz. Not. 100 Frs. 81,05 bz

Destr. Noten 100 fl. 169,69 bz

Russ. Noten 100 fl. 200,80 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Ant. 4 106,90 G.

do. do. 3½% 100,00 bz

do. do. 3 85,80 bz

Prss. cons. Ant. 4 106,90 G.

do. do. 3½% 100,10 G.

do. do. 3 85,80 bz

do. Scrips. int. 4 101,40 bz

Sta.-Ant. 1868 4 101,40 bz

Sta.-Schild-Sch. 3½% 100,00 G.

Sta.-Stdth.-Obi. 3½% 97,60 bz

do. do. neue 3½% 97,60 bz

Posener Prov. 3½% 95,40 bz

Ani.-Scheine. 3½% 142,70 bz

Berliner 5 142,70 bz

Ctrl. Ldsch. 4 103,00 G.

Kur.Ueu. 3½% 97,10 bz

mrk.neue 3½% 98,10 G.

Ostpreuss. 3½% 96,00 B.

Pomm. 3½% 97,40 G.

Posensch. 4 101,75 bz

Schls. alt. 3½% 96,40 G.

idschl.Lt.A. 3½% 97,80 G.

do. neudo. 3½% 97,80 G.

do. do. I. L. 4 102,25 bz

Wstp Ritter 3½% 96,80 bz

do. neul.II. 4 103,20 bz

Pomm. 4 103,00 bz

Posensch. 4 103,00 bz

Schles. 4 103,00 B.

Bad.Eisen.-A. 4 104,00 G.

Bayer. Anteile 4 106,90 G.

Brem. A. 1892 3½% 97,40 bz

Hmb. Sts.Rent. 3½% 97,40 G.

do. amort.Ant. 3½% 85,35 bz

Sächs. Sts.Ant. 3½% 97,40 B.

Prss. Präm.-Ant. 3½% 87,40 bz

Hpr. Sch.-Gott. 4 139,75 bz

Bad.Prä.-Ant. 4 141,25 G.

Bank-Diskonto Wechsel v. 6. Dez. Brnsch. 20 T.L. — 103,50 bz

Cöln-M. Pr.-A. 3½% 132,50 G.

Dess. Präm.-A. 3½% do. Rente

Ham. / 50 T.L. — 132,50 G.

Wien 4 8 T. 169,50 B.

Mein. 7Guld-L. — 28,50 bz

Petersburg 4½% 3 W. 200,50 bz

Oldenb. Loose 3 128,80 bz

v. Berl. 4. Lomb. 4½% u. 5. Privatd. 28 G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souverigns 20,31 bz

20 Francs-Stück 16,20 G.

Gold-Dollars 4,1825 bz

Engl. Not. 1 Pfld. Sterl. 20,35 bz

Franz. Not. 100 Frs. 81,05 bz

Destr. Noten 100 fl. 169,69 bz

Russ. Noten 100 fl. 200,80 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Ant. 4 106,90 G.

do. do. 3½% 100,00 bz

do. do. 3 85,80 bz

Prss. cons. Ant. 4 106,90 G.

do. do. 3½% 100,10 G.

do. do. 3 85,80 bz

do. Scrips. int. 4 101,40 bz

Sta.-Ant. 1868 4 101,40 bz

Sta.-Schild-Sch. 3½% 100,00 G.

Sta.-Stdth.-Obi. 3½% 97,60 bz

do. do. neue 3½% 97,60 bz

do. do. 4 108,70 bz

do. do. 3½% 108,70 bz

do. do. 4 108,70 bz

do. do. 3½% 108,70 bz

do. do. 4 108,70 bz

do. do. 3½% 108,70 bz

do. do. 4 108,70 bz

do. do. 3½% 108,70 bz

do. do. 4 108,70 bz

do. do. 3½% 108,70 bz

do. do. 4 108,70 bz

do. do. 3½% 108,70 bz

do. do. 4 108,70 bz

do. do. 3½% 108,70 bz

do. do